

Merkblatt

zum Umgang mit Frischbeton und zementhaltigen Baustoffen in Gewässernähe

1. Der frische Beton darf nicht mit der fließenden Welle in Berührung kommen. Analoges gilt für Abbrucharbeiten. Auch Altbetonabbruch, besonders in feinkörniger Struktur, kann eine wesentliche pH-Werterhöhung bewirken.
2. Die Betontransportfahrzeuge und alle bautechnologisch zum Betonherstellen und dessen Verarbeitung genutzten Geräte, Materialien und Arbeitsmittel dürfen nicht am Gewässer gereinigt werden. Betonhaltiges Abwasser darf nicht in das Gewässer gelangen oder durch eventuelle Niederschläge in das Gewässer gespült werden.
3. Frischbeton darf das Wasser in der Baugrube nur verdrängen, wenn es sofort abgepumpt, separat aufgefangen und bis zur Unschädlichkeit oder Neutralisation zwischengespeichert werden kann. Nach Möglichkeit ist die Baugrube vor den Betonierarbeiten trocken zu legen.
4. Wasser, das längere Zeit über abgeordneten Beton gestanden hat, darf nicht sofort in die fließende Welle zurückgeführt werden, es ist zwischen zu speichern und zu neutralisieren.
5. Kann eine Baugrube während der Abbindezeit des Frischbetons nur mit laufender Wasserhaltung beherrscht werden, darf das anfallende Wasser nicht direkt in die fließende Welle abgeleitet werden. Für die Zwischenspeicherung ist ein ausreichend großes Volumen vorzuhalten.
6. Muss stark alkalisches Wasser aus der Zwischenspeicherung der Wasserhaltung in das Gewässer zurückgeführt werden, so ist dies nur mit ausreichendem Verdünnungsverhältnis möglich. Das Eintragswasser darf den pH-Wert 9,0 keinesfalls übersteigen und soll günstigstenfalls unter 8,0 liegen.
7. Durch Gewährleistung ausreichender Abbindezeiten des eingesetzten Betons vor (Wieder-) Beaufschlagung mit dem Gewässer (durch Einstellung der Wasserhaltung, Flutung, Rücknahme der Ausleitung etc.) ist zu gewährleisten, dass im Gewässer unterhalb der Baustelle keine pH-Werte größer 8,0 auftreten.
8. In die städtische Kanalisation darf Wasser der Wasserhaltung oder der Zwischenspeicherung nur nach Maßgabe der Entwässerungssatzung und in Abstimmung mit der zuständigen Stadt, Gemeinde bzw. den Stadtwerken eingeleitet werden.